

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 18.02.2008

Niederschrift

der 12. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend und Sport

am Mittwoch, dem 23.01.2008,

Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.

Sitzungsdauer: 19:00 - 20:40 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jürgen Becker

Frau Ute Wernert-Jahn

(in Vertretung für Stv. Prof. Dr.
Kramer)

Herr Dieter Kräske

Frau Julia-Christina Sator

Herr Jörg Schreiber

(ab 19:10 Uhr)

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Inge Bietz

Herr Mehmet Tanriverdi

Herr Peter Sommer

Herr Frank Walter Schmidt

(in Vertretung für Stv. Puhl)

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Klaus-Dieter Grothe

Frau Edith Nürnberger

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich **Ausschussvorsitzender**

Stadtverordnete der Die Linke-Fraktion:

Herr Michael Beltz

Außerdem:

Herr Johannes Zippel

Frau Elke Koch-Michel

FW-Fraktion

Bürgerliste Gießen

(bis 20:26 Uhr)

Vom Magistrat:

Herr Heinz-Peter Haumann Oberbürgermeister
Frau Gerda Weigel-Greilich Bürgermeisterin

Von der Verwaltung:

Herr Lars Burkhard Steinz (ab 19:24 Uhr)

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Andrea Allamode Schriftführerin

Entschuldigt:

Herr Prof. Dr. Klaus Kramer CDU-Fraktion
Herr Michael Puhl SPD-Fraktion

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, erinnert, dass sie darum gebeten habe, die Magistratsvorlage STV/1339/2007 - *Nachtverkehrsangebot in der Stadt Gießen* - auf die Tagesordnung zu nehmen. Ihrer Meinung nach, handelt es sich nicht um ein rein verkehrstechnisches Thema, sondern es betreffe auch soziale Dinge. Vor allem da dieses Angebot als Nachfolgekonzept für das nicht mehr vorhandene Frauennachttaxi eingeführt werden solle.

Vorsitzender entgegnet, ihre Bitte, diesen Punkt als TOP auf die Tagesordnung der Sitzung zu nehmen, sei nach erfolgter Versendung der Einladung geäußert worden, so dass er ihrem Anliegen nicht entsprechen konnte. Zudem bestehe auch keine Notwendigkeit, diese Vorlage in der Sozialausschusssitzung zu behandeln, da die Vorlage rein verkehrstechnische Dinge beinhaltet.

Nachdem keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung geäußert werden, stellt Vorsitzender fest, dass die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen ist.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Reduzierung der Verpflegungskosten für STV/1461/2007
 Kindertagesstättenkinder aus Familien mit Einkommen auf
 ALG-II-Niveau
 - Antrag der Stv. Koch-Michel, BLG, vom 14.12.2007 -

- | | | |
|----|--|---------------|
| 3. | Zuschuss für TSV Blau-Weiß Rödgen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.12.2007 - | STV/1475/2007 |
| 4. | Förderung und Unterstützung eines Freiwilligenzentrums
- Antrag der FW-Fraktion vom 14.01.2008 - | STV/1489/2008 |
| 5. | Ausweisung von Kinderwagen- /Familienparkplätzen auf
städtischen Parkplätzen der Universitätsstadt Gießen
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 13.01.2008 - | STV/1492/2008 |
| 6. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Reduzierung der Verpflegungskosten für Kindertagesstättenkinder aus Familien mit Einkommen auf ALG-II-Niveau

STV/1461/2007

- Antrag der Stv. Koch-Michel, BLG, vom 14.12.2007 -

Antrag:

In den Gießener Kindertageseinrichtungen werden die Essenskosten für Kinder aus Haushalten, deren Einkommen auf ALG-II-Niveau liegt, auf 20,00 € monatlich reduziert, wenn eine Abtretungserklärung bzw. eine Einzugsermächtigung unterschrieben wird.

Entsprechende Haushaltsmittel sind im Haushalt 2008 dafür einzustellen.

Stv. Koch-Michel begründet als Antragstellerin die Vorlage und verweist unter anderem auf eine Entscheidung der Stadt Wetzlar, die erst kürzlich eine Reduzierung der Verpflegungskosten verabschiedet habe. Von der Neuerung profitieren Familien, die Arbeitslosengeld II beziehen oder über Einkommen auf ähnlichem Niveau verfügen. Voraussetzung sei eine Einzugsermächtigung oder bei Arbeitslosen eine Abtretungserklärung; dies solle sicherstellen, dass die Stadt das Geld ohne bürokratischen Aufwand etwa durch Mahnverfahren bekomme. Im Arbeitslosengeld II seien pro Kind nur 2,67 € pro Tag vorgesehen, merkt Stv. Koch-Michel an.

Dem entgegnet **Stv. Becker**, CDU-Fraktion, dass darauf noch monatlich 154 € Kindergeld angerechnet werden.

Stv. Koch-Michel widerspricht, das werde Hartz-IV-Betroffenen abgezogen.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich entgegnet, dass die Stadt Gießen die Essenkosten nicht grundsätzlich für Geringverdiener senken wolle. Nach wie vor ist sie, wie auch die Koalitionsfraktionen, der Meinung, dass die Kommune Bund und Land nicht ständig aus ihrer Verantwortung entlassen könne. Von Seiten der Bundesregierung sei eine Entlastung der „Hartz-IV-Familien“ vorgesehen; voraussichtlich würden die Essenkosten in die - nach Einkommen gestaffelten - Gebühren hineingerechnet. Sie räumt jedoch ein, dass diese Pläne zurzeit auf Eis liegen. Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass die Stadt in Einzelfällen helfe; so gewähre das Jugendamt einigen Kindern Ganztagsbetreuung als „Hilfe zur Erziehung“. Dazu komme die Initiative „Gießener Kindern den Tischen decken“ des Bündnisses für Familie. Der Spendenfond werde vom Diakonischen Werk verwaltet.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, bittet bis zur nächsten Sozialausschusssitzung zu berichten, wie viel Geld bisher in den Spendenfond eingeflossen ist und wie das Geld verwendet wurde.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich sagt einen Bericht zu.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).

**3. Zuschuss für TSV Blau-Weiß Rödgen STV/1475/2007
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.12.2007 -**

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten, den vom Stadtparlament einstimmig in den Haushalt 2007 eingestellten finanziellen Zuschuss zur Verbesserung der Trainingsmöglichkeiten für die Jugendmannschaften des TSV Rödgen umgehend zur Auszahlung anzuweisen (Hhst.: 5510 625000).

Der Antrag wird von **Stv. Schmidt**, SPD-Fraktion, begründet.

Oberbürgermeister Haumann stellt in seiner Funktion als Sportdezernent klar, dass der TSV Blau-Weiß Rödgen nicht einfach die 5.000,- € ausgezahlt bekomme, die im Haushaltsplan 2007 für ihn eingestellt wurden. Die 5.000,- € waren der Höchstbetrag, bis zu dem die Stadt die Kosten für die Anmietung von Trainingsflächen übernommen hätte. Tatsächlich sei nur eine Rechnung über die

Benutzung der „Soccer-Halle“ in Wieseck in Höhe von 180,- € eingegangen, und diese sei auch von der Stadt beglichen worden. Ansonsten hätten die Sportler, wenn sie im Stadtteil keinen geeigneten Platz hatten, stets anderswohin ausweichen können. Er betont, dass die schwierige Sportplatzsituation in Rödgen ein wichtiges Thema für die Stadt sei. In wenigen Tagen werde man das nächste Gespräch mit dem TSV über den geeigneten Ort für ein neues Spielfeld führen; für den Bau könnte möglicherweise ein Zuschuss aus dem „Bolzplatz“-Programm des Deutschen Fußball-Bundes fließen.

Stv. Zippel, FW-Fraktion, weist auf die „extrem schlechten Bedingungen“ in der Winterpause hin, unter denen vor allem die 140 Jugendlichen zu leiden hätten. Weiter merkt er an, dass bei der TSV-Jahreshauptversammlung der Eindruck vorgeherrsch habe, der Verein habe ein Recht auf die 5.000,- €, unabhängig davon, ob er für dieses Geld Sportplätze oder -hallen anmiete.

Stv. Wernert-Jahn, CDU-Fraktion, stimmt den Ausführungen des Stv. Zippel zu und bemerkt weiter, dass sie Anfang der Woche ein Gespräch mit dem TSV-Vorstand geführt und bei dem dieser gebeten habe, den Antrag „heute nicht abzustimmen“.

Dieser Aussage widerspricht **Stv. Schmidt**, seinen Informationen zufolge wünsche der Verein sehr wohl eine Entscheidung.

An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Schmidt, Zippel, Wernert-Jahn, Beltz, Koch-Michel, Tanriverdi, Dr. Greilich (der für diese Zeit den Vorsitz an seinen Stellvertreter Stv. Grothe abgegeben hat) und Oberbürgermeister Haumann.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD; StE: LINKE).

**4. Förderung und Unterstützung eines Freiwilligenzentrums STV/1489/2008
- Antrag der FW-Fraktion vom 14.01.2008 -**

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten

- a) die Einrichtung eines Freiwilligenzentrums zur Förderung des Ausbaus und Unterhalts gemeinsam mit dem Landkreis Gießen zu fördern,
- b) zur Einrichtung dieses Freiwilligenzentrums in Zusammenarbeit mit dem Land Hessen und dem Landkreis Gießen jeweils 20.000,-Euro in den Haushalt der Stadt Gießen für das Jahr 2008 und 2009 einzustellen.

Für die Antragsteller begründet **Stv. Zippel** den vorliegenden Antrag. Er erklärt, dass er es faszinierend fände, dass ein gemeinsames Vorgehen von Stadt und Kreis vorgesehen sei und weist darauf hin, dass die „Anstoß“-Fachleute bereit seien, das Zentrum zu Beginn als Initiatoren zu tragen. Nach Berechnung der Stiftung solle der Betrieb im Jahr rund 50.000,- € mit einer halben Stelle, einem gut erreichbaren Raum und Sachmitteln kosten.

Oberbürgermeister Haumann führt aus, dass die Stiftung zwar seit Jahren „hervorragende Arbeit“ leiste, aber für das Freiwilligenzentrum stelle er sich ein anderes Konstrukt vor, nämlich ein „Andocken“ an den „Verein Ehrenamt Gießen“, der kurz vor der Gründung stehe. Über ihn sollen - nach formalen Tarif-Veränderungen - diejenigen Senioren weiterbeschäftigt werden, die in Museen, der Stadtbibliothek oder im Botanischen Garten arbeiten. Ein Raum für den Verein solle nahe dem Amt für soziale Angelegenheiten eingerichtet werden. Dort könne man doch auch „schrittweise“ ein breiter angelegtes Freiwilligenzentrum anbinden.

Wie auch **Stv. Zippel** findet **Stv. Bietz**, SPD-Fraktion, solch eine Zusammenlegung - wie von Oberbürgermeister Haumann ausgeführt - wenig überzeugend. **Stv. Bietz** berichtet, der Senioren-Verein solle einen Geschäftsführer auf 400-Euro-Basis bekommen, der vor allem die Formalitäten regelt. Er könne nicht die umfangreiche Beratung leisten, die für ein Freiwilligenzentrum nötig wäre.

Stv. Grothe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bittet um eine kurze Sitzungsunterbrechung, da ihrerseits Beratungsbedarf bestehe.

Die Sitzung wird von 20:10 Uhr bis 20:20 Uhr unterbrochen.

Stv. Schreiber stellt für die Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP **folgenden Änderungsantrag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten

*die Einrichtung eines Freiwilligenzentrums zur Förderung des Ausbaus und Unterhalts gemeinsam mit dem Landkreis Gießen **durch Bereitstellung von Raum- und Sachmitteln** zu fördern.*

Beratungsergebnis:

- Der Antrag der FW-Fraktion - STV/1489/2008 - wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).
- Dem Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wird einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; StE: SPD/LINKE).

Stv. Grothe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, übernimmt den Vorsitz.

5. Ausweisung von Kinderwagen- /Familienparkplätzen auf städtischen Parkplätzen der Universitätsstadt Gießen - Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 13.01.2008 - STV/1492/2008

Antrag:

1. Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt zu prüfen, ob und ggf. wie auf städtischen Parkplätzen in der Universitätsstadt Gießen Kinderwagen- / Familienparkplätze ausgewiesen werden können.
2. Die Parkplätze sollten die Breite eines Schwerbehinderten-Parkplatzes haben.
3. Zum Parken berechtigt sein sollten Kfz-Führer/innen in Begleitung eines Säuglings und/oder Kleinkindes mit Kinderwagen.

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, begründet für die Antragsteller die Vorlage.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, regt an, den Antrag wie folgt zu ändern:

1. Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt **bis zur Sommerpause** zu prüfen, ob, **wo und wie ggf.** auf städtischen Parkplätzen in der Universitätsstadt Gießen Kinderwagen- / Familienparkplätze ausgewiesen werden können.
2. Die Parkplätze sollten die Breite eines Schwerbehinderten-Parkplatzes haben.
3. Zum Parken berechtigt sein sollten Kfz-Führer/innen in Begleitung eines Säuglings und/oder Kleinkindes mit Kinderwagen.

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, übernimmt die vorgeschlagenen Änderungen.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, übernimmt den Vorsitz.

6. Verschiedenes

- **Stv. Bietz, SPD-Fraktion, erinnert an den beschlossenen Antrag „Befestigung der Außenanlage des Jugendtreffs Gießen-West (Paul-Schneider Straße 89), Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 22.08.2007, STV/1181/2007“.** Sie fragt, ob die Prüfung bereits erfolgt sei und eine Antwort vorliege.

Des Weiteren teilt sie mit, dass über die Stiftung Anstoß und Sozialer Tag ein Angebot für Aushubarbeiten von einer Firma vorliege, die die Arbeiten dort übernehmen wolle. Im Haushalt 2008 seien keine Mittel vorgesehen, es werden aber ca. 5.000,- bis 10.000,- € für die Arbeiten benötigt.

Vorsitzender und auch **Bürgermeisterin Weigel-Greilich** entgegnet, dass eine Prüfung erfolgt sei und die Antwort auch vorliege.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich erklärt, dass sie sich um das Anliegen kümmern werde.

- **Oberbürgermeister Haumann** gibt die aktuellen Zahlen zum Thema „Einsatzfelder der Arbeitsgelegenheiten in den Gemeinden/Städten/Schulen von ZAUG gGmbH“ zu Protokoll.

Weiter teilt Oberbürgermeister Haumann mit, dass die Gesellschaftsversammlung von ZAUG beschlossen habe, den Bioland Hof und die Blutegelzucht zu veräußern. Der Bioland Hof werde von der Lebenshilfe erworben, und die Blutegelzucht wollen die dortigen Mitarbeiter erwerben und fortführen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) Dr. Greilich

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Allamode